

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Wird die Feminisierung auf dem EU-Gipfel 2019 positive Auswirkungen auf die Parität in Europa im Jahr 2020 haben?

Autoren: Ramona Bloj, Myriam Benallaoua



Die Kommission und die Europäische Zentralbank werden jetzt von Frauen geleitet, und das Parlament hat nun 39,5% weibliche Abgeordnete, mehr als der Durchschnitt in den nationalen Parlamenten. Aber die Parität ist nach wie vor nicht hergestellt, sowohl in der Politik als auch in Wirtschaft und Gesellschaft, während einige Politiken immer noch die Rechte der Frauen in Frage stellen.

Fortsetzung

Übersicht

Wahlen : Slowakei **Stiftung** : Recht/Sofia **Kommission** : Europäisches Semester - Albanien/Mazedonien - Coronavirus **Rat der Europäischen Union** : Wettbewerb - Zukunft/EU - Beschäftigung **Diplomatie** : Syrien - Agenor/Hormuz - EU/Afrika **EZB** : Cyberkriminalität/Finanzen **Europäische Agenturen** : Asyl - Geheimdienst - Spanien/Fussball **Deutschland** : Migranten/Diplome **Spanien** : Katalonien **Griechenland** : Immigration **Italien** : Frankreich - Coronavirus **Polen** : Justiz **Rumänien** : Premierminister **Großbritannien** : Verhandlungen/EU **Slowenien** : Premierminister **Europarat** : Rassismus **UNO** : Coronavirus **IWF** : EZB **Eurostat** : Ausgaben/Gesundheit **Berichte / Studien** : Brexit/Kosten **Kultur** : Ausstellung/Madrid - Ausstellung/Potsdam - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Die von Igor Matovic angeführte Opposition siegt bei den Parlamentswahlen



Die Partei der einfachen Leute und unabhängigen Persönlichkeiten (OL'aNO), eine rechte Partei unter der Führung von Igor Matovic, gewann die slowakischen Parlamentswahlen am 29. Februar mit 25,02% der Stimmen und 53 von 150 Sitzen im Parlament. Die SMER-SD-Partei des scheidenden Premierministers Peter Pellegrini erhielt nur 18,29% der Stimmen und 38 Sitze. Igor Matovic, dessen Politik schwer vorhersehbar ist, wird Verbündete finden müssen, um zu regieren... **Fortsetzung**

Stiftung :

Rechtsstaatlichkeit in Europa



Am 6. März organisieren Euractiv Bulgarien und die EVP-Fraktion in der Vertretung der Kommission in Sofia ein Treffen über die Pläne der Europäischen Kommission für einen gemeinsamen Rechtsmechanismus und zum Thema der Krise der Rechtsstaatlichkeit im Osten der Union.

Eric Maurice, Leiter des Brüsseler Büros der Stiftung, wird an dem Treffen teilnehmen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Bewertung von Reformen, Prävention und Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten



Die Kommission hat am 26. Februar ihre Länderberichte veröffentlicht, in denen die wichtigsten sozioökonomischen Herausforderungen analysiert werden, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind, um vier Ziele zu erreichen: ökologische Nachhaltigkeit, Produktivitätsgewinne, Gerechtigkeit und makroökonomische Stabilität. Die Berichte heben insbesondere die großen Unterschiede in Bezug auf die Arbeitslosigkeit und den Schuldenstand hervor. 3 Länder, Griechenland, Italien und Zypern, weisen immer noch übermäßige Ungleichgewichte auf, und 9 weitere, darunter Frankreich und Deutschland, weisen Ungleichgewichte auf... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Fortschrittsberichte über Albanien und Nord-Mazedonien



Die Kommission legte am 2. März aktualisierte Berichte über die Fortschritte Albaniens und Nord-Mazedoniens bei der Verfolgung der Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit vor. Beide Länder haben weitere greifbare und nachhaltige Ergebnisse erzielt, und die Empfehlung der Kommission, Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nord-Mazedonien aufzunehmen, bleibt gültig... [Fortsetzung](#)

Einrichtung eines Coronavirus-Reaktionsteams



Die Kommission kündigte am 2. März die Einrichtung eines Reaktionsteams für das Covid-19-Virus (Coronavirus) an, das den fünf, für Krisen zuständigen Kommissionsmitgliedern (Gesundheit, Grenzen, Verkehr und Wirtschaft) untersteht. Sie wird sich mit den Mitgliedstaaten über den Informationsaustausch, die Bedarfsanalyse und die Durchführung von Maßnahmen auf europäischer Ebene abstimmen. Eine Website, die die verfügbaren Informationen zusammenfasst, wird ebenfalls eingerichtet. Der Rat hat seinerseits den vollständigen Aktivierungsmodus des Integrierten Krisenreaktionsmechanismus der EU (IPCR) ausgelöst... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates Wettbewerb



Die für die Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister diskutierten bei ihrem Treffen am 27. und 28. Februar den Green Deal und die geeignetsten Mittel, um den Übergang zur Kreislaufwirtschaft zu vollziehen und die Industrie auf dem Weg zur Kohlenstoffneutralität im Jahr 2050 zu unterstützen. Sie verabschiedeten Schlussfolgerungen zur Wettbewerbsfähigkeit und zum nachhaltigen Wachstum, insbesondere für Start-ups und KMU. Die Minister tauschten ihre Meinungen über die Schlussfolgerungen des von der Kommission erstellten Berichts über die Leistungsfähigkeit des Binnenmarktes sowie über die Auswirkungen des Coronavirus auf die Industrie aus. Sie einigten sich auf die zukünftige strategische Agenda für Innovation des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts... [Fortsetzung](#)

Verhandlungsmandat für die zukünftigen Beziehungen mit Großbritannien



Am 25. Februar haben die Minister für europäische Angelegenheiten das Verhandlungsmandat für eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich unter der Leitung des Chefunterhändlers Michel Barnier angenommen. Die erste Gesprächsrunde beginnt am 2. März. Die Minister haben auch den Europäischen Rat am 26. und 27. März vorbereitet. Sie diskutierten die Vorschläge der Kommission zur Reform des Erweiterungsprozesses. Sie berieten über das Gesetzgebungsprogramm der Union. Die Kommission unterrichtete die Minister auch über die Methodik und die laufenden Vorbereitungen für die neuen Jahreszyklen und Berichte über die Rechtsstaatlichkeit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Beschäftigungspolitische Leitlinien



Die Kommission schlug dem Rat am 26. Februar die jährlichen Änderungen der beschäftigungspolitischen Leitlinien vor. Die Revision zielt darauf ab, die jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum und die UNO-Ziele für nachhaltige Entwicklung in der europäischen Beschäftigungsstrategie

stärker zu berücksichtigen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

14 Außenminister prangern die Situation in Syrien an



14 europäische Außenminister unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung zur Situation in Syrien, welche am 26. Februar veröffentlicht wurde. Sie prangerten die Luftangriffe des Damaskus-Regimes im Norden des Landes, in Idlib, an. Diese Operationen, die von Russland unterstützt werden, verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht. Die Minister riefen zu einem Waffenstillstand auf und ermutigten die Parteien, eine politische Verhandlungslösung zu finden... [Fortsetzung](#)

Operation Agénor voll einsatzfähig



Die Operation AGENOR, die militärische Komponente der von acht europäischen Ländern geführten Meeresüberwachungs- und Sicherheitsmission in der Straße von Hormuz (Emasoh), erreichte am 25. Februar mit der Verlegung der Kräfte der Operation, darunter die französischen Fregatten Forbin und die niederländische Fregatte De Ruyter, ihre volle Einsatzstärke... [Fortsetzung](#)

Euro-afrikanische Zusammenarbeit



Bei der zehnten Sitzung der Kommission der Europäischen Union und der Kommission der Afrikanischen Union am 27. Februar in Addis Abeba betonte der Vorsitzende der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, die "Differenzen" zwischen Afrikanern und Europäern in Fragen der internationalen Gerechtigkeit oder der Menschenrechte. Seine europäische Amtskollegin Ursula von der Leyen, die von 20 Kommissaren begleitet wurde, sagte, dass die beiden Kontinente "natürliche Partner" seien, und wies auf mögliche Bereiche der Zusammenarbeit hin, wobei sie bekräftigte, dass Afrika eine Priorität für Europa sei... [Fortsetzung](#)

EZB :

Allianz zur Bekämpfung der Cyberkriminalität im Finanzbereich



Europol, die Europäische Agentur für Computer- und Netzsicherheit, die Europäische Zentralbank und zahlreiche öffentliche und private Finanzinstitutionen gaben am 27. Februar den Start der Cyber Information and Intelligence Sharing Initiative (CIISI-EU) bekannt, um der Gefahr von Verletzungen der Computer- und Netzsicherheit im Finanzsektor zu begegnen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Agenturen :

Erstmals seit 2015 nimmt die Zahl der Asylanträge wieder zu



Die Europäische Union verzeichnete im Jahr 2019 einen Anstieg der Asylanträge um 13%, zum ersten Mal seit dem Höhepunkt im Jahr 2015, so die am 26. Februar vom Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) veröffentlichten Daten. Es wurden mehr als 714.000 Anträge eingereicht, hauptsächlich von syrischen, afghanischen und venezolanischen Antragstellern. Der Anstieg ist auf Anträge von Staatsangehörigen lateinamerikanischer Länder zurückzuführen, die von der Visumpflicht befreit sind. Diese Anträge auf internationalen Schutz führen nur in 33% der Fälle zu positiven Entscheidungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gründung des Europäischen Nachrichtendienst-Kollegiums



Am 26. Februar unterzeichneten 23 Länder, darunter die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten, in Zagreb eine Absichtserklärung zur formellen Gründung des European Intelligence College, einer neuen Plattform für den Austausch, die die Geheimdienstkultur auf dem Kontinent stärken soll. Das auf Initiative Frankreichs ins Leben gerufene Kollegium soll drei- bis viermal im Jahr zu bestimmten Themen zusammenkommen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Untersuchung zur Fußballkorruption

Nach zweijährigen Ermittlungen durch die spanische Guardia Civil, unterstützt von Europol, bestätigten mehrere Durchsuchungen in



Spanien am 18. Februar den Verdacht auf kriminelle Aktivitäten von Spieleragenten, der erstmals durch die Football Leaks von 2016 aufgekomen war. Fünf Personen werden wegen des Verdachts verfolgt, über einen zypriotischen Verein Transfers von fiktiven Spielern organisiert zu haben, um die Steuerbehörden in Spanien, aber auch in Belgien und Serbien zu betrügen. Mehr als 10 Millionen Euro an Gewinnen wurden angeblich anschließend reinvestiert, unter anderem durch eine maltesische Steuerberatungsgesellschaft, die Scheinfirmen betrieb, um die illegalen Aktivitäten zu verbergen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Neue Gesetzgebung zur Erleichterung der wirtschaftlichen Einwanderung



Am 1. März ist in Deutschland ein neues Gesetz in Kraft getreten. Dies ist auf Facharbeiter ausgerichtet und vereinfacht den Prozess der Beschaffung von Arbeitsvisa, insbesondere für qualifizierte außereuropäische Bewerber. Ziel ist es, den Fachkräftemangel in Deutschland zu lindern... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Regierungstreffen mit katalanischen Repräsentanten



Der spanische Premierminister Pedro Sanchez und der Präsident der katalanischen Region Quim Torra trafen sich am 26. Februar, um die Krise zu besprechen, die durch die Forderung der Regionalregierung nach Unabhängigkeit entstanden ist. Die beiden waren sich einig, dass die "politische Natur des Konflikts" eine politische Lösung erfordert. Sie kamen überein, eine Arbeitsgruppe einzurichten und sich monatlich in Madrid und Barcelona zu treffen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Zustrom von Migranten aus der Türkei



Nach Angaben der Vereinten Nationen befinden sich mehr als 13.000 Migranten an der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland. Sie wurden mit der Unterstützung der türkischen Behörden aus Istanbul dorthin gebracht. Die Türkei benutzt dieses Druckmittel gegen die Union, weil die türkische Regierung Unterstützung im Kampf gegen die russisch-syrische Offensive in Syrien erhalten will, wo die türkischen Truppen Angriffen ausgesetzt sind. Die griechische Regierung hat das Asylverfahren ausgesetzt und die Aktivierung von Artikel 78.3 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU beantragt, der Maßnahmen für den Fall "einer Notsituation, die durch einen plötzlichen Zustrom von Drittstaatsangehörigen gekennzeichnet ist", vorsieht. Am 2. März beschloss die Agentur Frontex, eine "schnelle Intervention" zur Unterstützung Griechenlands einzuleiten. Die Leiter der drei EU-Institutionen werden am 3. März Griechenland an der Grenze zur Türkei besuchen, denn "die Herausforderung, vor der Griechenland steht, ist eine europäische Herausforderung", kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, an... [Fortsetzung](#)

Italien :

Französisch-Italienisches Gipfeltreffen



Der italienische Präsident Giuseppe Conte und der französische Präsident Emmanuel Macron trafen sich am 27. Februar in Neapel zum 35. französisch-italienischen Gipfel. Die beiden Spitzenpolitiker diskutierten die europäische Wirtschafts- und Klimapolitik und betonten die Notwendigkeit, Wachstum und Beschäftigung zu stärken. Sie kündigten auch eine Verstärkung ihrer Koordinierung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik an. Da Italien stark von der Coronavirus-Epidemie betroffen ist, brachten die beiden Länder ihre Solidarität zum Ausdruck... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Coronavirus: Treffen der Gesundheitsminister in Rom



Nach einem Treffen in Rom am 25. Februar beschlossen die Gesundheitsminister Italiens und von sechs europäischen Ländern - Frankreich, Deutschland, Österreich, Kroatien, Slowenien und der Schweiz - sowie die Europäische Kommissarin für Gesundheit, Stella Kyriakides, die Grenzen nicht zu schließen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Bericht über einen Justiz unter Druck



Iustitia, der wichtigste Verband polnischer Richter, berichtet in einem am 29. Februar veröffentlichten Bericht über die Untersuchungen und Disziplinarverfahren, die von den Behörden gegen Richter eingeleitet wurden, sowie über Fälle von Druck oder Schikanen, die sie erlitten haben... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Florin Cîtu zum Premierminister ernannt



Nachdem die Ernennung von Ludovic Orban am 24. Februar vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt worden war, ernannte der rumänische Präsident Klaus Johannis am 26. Februar Florin Cîtu, den Finanzminister der scheidenden Regierung der Nationalliberalen Partei (NLP), zum Premierminister... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Die Regierung legt ihren Standpunkt zu den künftigen Beziehungen zur Union dar



Am 27. Februar veröffentlichte die britische Regierung ihren Standpunkt zu den künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union. Es werden mehrere Abkommen nach dem Standardmodell des Abkommens zwischen der Union und Kanada vorgelegt: ein Vorschlag für ein umfassendes Freihandelsabkommen, das fast den gesamten Handel abdeckt, ein gesondertes Fischereiabkommen, ein Abkommen über die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit, aber auch Abkommen in technischen Bereichen wie Luftfahrt, Energie und zivile nukleare Zusammenarbeit. Die Verhandlungen beginnen am 2. März... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenien :

Janez Jansa, neuer Premierminister



Janez Jansa, Vorsitzender der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS), wurde am 26. Februar von Präsident Borut Pahor zum Premierminister ernannt. Er unterzeichnete einen Koalitionspakt, der ihm 48 der 90 Sitze im Parlament sicherte, mit der Mitte-Rechts-Partei, Neu-Slowenien, und zwei kleinen Parteien (die Moderne Zentrums-Partei und die Demokratische Rentnerpartei), die an der vorherigen Mitte-Links-Koalition beteiligt waren. Janez Jansa war zuvor von 2004 bis 2008 und in den Jahren 2012-13 als Premierminister tätig... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Besorgnis über die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit in Europa



In seinem am 27. Februar veröffentlichten Jahresbericht 2019 äußerte sich das unabhängige Expertengremium des Europarates zur Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz (ECRI) besorgt über die Zunahme von Hassreden und die Zunahme von Antisemitismus und Islamophobie in Europa. Man stellt zwar heterogene Tendenzen auf dem Kontinent fest, weist aber auf äußerst schwerwiegende Diskriminierungen hin, sei es im Internet oder im politischen Diskurs, die zu Gewalttaten führen können - das jüngste Beispiel ist der Amoklauf in Hanau, bei dem neun Menschen getötet wurden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

Lagebereich zu Covid-19



Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation vom 2. März wurden fast 91.000 Fälle von Covid-19 (Coronavirus) in 60 Ländern gemeldet, und mehr als 3.100 Menschen sind gestorben. Da es entscheidend ist, "die Übertragungskette zu durchbrechen", fordert die Organisation alle Länder auf, ihre Bevölkerung zu informieren, die Überwachung auszuweiten, alle Fälle zu behandeln und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

IWF :

Studie über das Ankaufprogramm durch die EZB

In einem am 28. Februar veröffentlichten Bericht analysiert der



Internationale Währungsfonds die Auswirkungen des Ankaufprogramms der Europäischen Zentralbank auf die internationalen Kapitalströme. Man stellt fest, dass Investoren in der Eurozone ihre Vermögenswerte auf Werte außerhalb der Eurozone umgeschichtet haben. Man stellt auch fest, dass das Programm in den verschiedenen Sektoren und Ländern der Eurozone unterschiedliche Auswirkungen hatte... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Bericht über öffentliche Ausgaben und Gesundheit



Die Staatsausgaben in der Union beliefen sich im Jahr 2018 auf 46,7% des BIP, somit sind, einem am 27. Februar veröffentlichten Eurostat-Bericht zufolge, seit 2012, als die Ausgaben 49,7% des BIP betrug, diese kontinuierlich gesunken. Die Sozialausgaben sind der größte Posten: 41,2% der gesamten öffentlichen Ausgaben und 19,2% des BIP. Es ist der einzige Posten, dessen Anteil zwischen 2007 und 2018 gestiegen ist. Die Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen gingen im gleichen Zeitraum um 2,1 Punkte zurück... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Brexit: die Kosten der nichttarifären Handelshemmnisse



Laut einer am 25. Februar veröffentlichten Studie der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) könnte ein völliges Scheitern der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union bis Ende des Jahres die britische Wirtschaft, durch einen Rückgang der Exporte (14%), 32 Milliarden Dollar kosten. Der Schlag wäre sehr hart für die britische Wirtschaft, da der europäische Markt 46% ihrer Absatzmärkte ausmacht... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Rembrandt in Madrid



Bis zum 24. Mai findet im Thyssen-Bornemisza-Museum in Madrid eine Ausstellung über das Leben Rembrandts in Amsterdam statt. Die Ausstellung zeigt 97 Werke verschiedener niederländischer Künstler des 'Goldenen Zeitalters', darunter 39 Porträts von Rembrandt... [Fortsetzung](#)

Landschaften von Monet in Potsdam



Bis zum 1. Juni organisiert das Barberini-Museum in Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Denver Art Museum eine Ausstellung über die Landschaftsbilder von Claude Monet. Mehr als 100 Werke werden ausgestellt, um die Entwicklung des Stils des Künstlers im Laufe der Zeit zu demonstrieren... [Fortsetzung](#)

Die Sammlung Hahnloser in der Albertina



Eine der wichtigsten Privatsammlungen moderner Kunst, die Sammlung des Ehepaars Hahnloser-Bühler, ist noch bis zum 24. Mai in der Albertina in Wien zu sehen. Sie wurde zwischen 1905 und 1936 angesammelt und umfasst Werke von Pierre Bonnard, Ferdinand Hodler, Henri Matisse und Félix Vallotton sowie von Cézanne, Renoir, Toulouse-Lautrec und Van Gogh... [Fortsetzung](#)

Cezanne und die Meister. Traum von Italien



Bis zum 5. Juli organisiert das Marmottan Monet Museum die Ausstellung "Cezanne und die Meister. Traum von Italien" mit einigen der bekanntesten Kunstwerke der Maler der Aixois und der italienischen Renaissance. Sie unterstreicht den Einfluss der lateinischen Kultur auf Cézannes künstlerischen Stil und dessen Einfluss auf die italienische Novecento-Bewegung... [Fortsetzung](#)

Agenda :



4. März 2020
Zagreb
Informelles Treffen der Verteidigungsminister



05. März 2020
Zagreb
Informelles Treffen der Außenminister
Brüssel
Rat Umwelt



06. März 2020
Brüssel
Außerordentlicher Gesundheitsrat

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Avtansh Behal, Camille Boulat, Myriam Benallaoua

Chefredakteur : Eric Maurice

Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)